Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 5

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

Der *Arbeiteraufstand* in *Posen,* der ausgebrochen war, nachdem in Polen eine Periode der leichten «Liberalisierung» eingesetzt hatte, scheint nach dem Schema niedergeschlagen zu werden, das auch in Ostberlin, nach der Revolte vom 17. Juni, angewandt worden war: Übergang vom «weichen» zum «harten» politischen Kurs. Die Folgen dieses Aufstandes werden wahrscheinlich im gesamten östlichen Satellitengefüge zu spüren sein, und sie können zu einer Demaskierung des sowjetischen «New Look» führen, wie die Londoner Wochenzeitung *Spectator* in ihrer Ausgabe vom 6. Juli vermutet: «Es ist noch zu früh, um genau angeben zu können, welche Folgen Posen haben wird, aber der Aufstand hat sicherlich jenen kommunistischen Führern Waffen in die Hände gegeben, die sich der Politik der ‚Demokratisierung' widersetzen. Es gibt bereits jetzt verschiedene Anzeichen dafür. In einer Erklärung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion wird von Stalin in einer Weise gesprochen, die bemerkenswert weniger hart ist als die in der Rede Chruschtschews vor dem XX. Parteikongreß, und in dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, daß ‚kapitalistische und imperialistische Elemente' sich die Entthronung Stalins zunutze machen. Als ein Beispiel dafür wird der Aufstand in Posen angeführt. In Ungarn hat die Regierung die ‚Feinde der Partei' gewarnt, die kürzlich die Führung, den ersten Parteisekretär Rakosi, kritisiert hatten. Und sowohl aus Rumänien wie auch aus Bulgarien werden verschiedene Reaktionen gegen die kürzliche Orgie der Selbstkritik berichtet. Die Beibehaltung des ‚weichen' Kurses ist also keineswegs sicher. Man erkennt, daß innerhalb des Sowjetsystems ein Kampf im Gange ist, dessen einzelne Phasen vom Westen her sehr schwer zu durchschauen sind, dessen Ausgang jedoch den zukünftigen Weg der kommunistischen Politik bestimmen wird. Was wir auch immer über Bulganin und Chruschtschew denken, so besteht kein Zweifel, daß es vorzuziehen ist, eine sowjetische Außenpolitik zu haben, die, statt in der Welt eine Kriegspsychose zu erzeugen, die Spannungen verringert. Die Gefahren mögen dabei, aufs Ganze gesehen, für die westlichen Interessen größer sein, aber das Risiko einer Katastrophe ist geringer.»

Im Juliheft der *Revue Générale Belge* veröffentlichte unser langjähriger, geschätzter Mitarbeiter *Jean de Saint-Chamant* den Aufsatz *Die Drohung des arabischen Reiches.* Ausgehend vom algerischen Aufstand untersucht er die Hintergründe und Absichten, die zu ihm geführt haben. Es ist nicht der erbitterte Nationalismus, der die Algerier zur Erhebung veranlaßt, der Verfasser sieht die Ursache vielmehr in einem größeren Zusammenhang. Nationalismus setzt eine Nation voraus, ein abgegrenztes Hoheitsgebiet und ein Bürgerrecht auf Grund des gemeinsamen Bodens. Der Araber kennt jedoch das *jus soli* nicht, er kennt statt dessen das *jus religiosi.* Wo sein Glaube heimisch ist, ist er es auch, von wo er auch herkommen mag, und daß es so ist, macht seinen Stolz aus. Von Dakar bis Peking behauptet sich also der Islam trotz der Zerstückelung der heutigen Welt als eine Gemeinschaft von Völkern, erfüllt von gleichen Problemen und fanatisch in der Abwehr fremder Einmischung. Der *Panarabismus* hat sich heute erhoben und strahlt von Kairo, dem geistigen Zentrum des Islams, über alle Länder des Orients. Die Gestalt des Obersten *Nasser* erhält erst ihre wahre Beleuchtung, wenn man sich des provozierenden Satzes erinnert: «Man sehe endlich ein, gutwillig oder durch Gewalt, daß jedes Land arabischer Sprache unser Land ist, und daß wir es ohne Einschränkung befreien müssen.» — Diese nationalsozialistische Einstellung belegt der Verfasser mit weiteren Zitaten, welche die einheitliche Forderung auf Unabhängigkeit ganz Nord-

afrikas proklamieren. Algerien, Marokko, Tunesien bilden für die Fanatiker des Panarabismus eine Einheit, welche, als oberstes Ziel ihrer Politik, in einem vereinten Staat besiegelt werden soll. Dieser «ungestillte Traum von Größe» verfolgt die Araber und läßt sie neuerdings auch französisch Mauretanien als einen Teil Marokkos fordern. Saint-Chamant deckt hier einen verborgenen Grund dieser Annexionsgelüste auf, indem er die Araber als Mitspieler in einem internationalen Tauziehen zeigt, welches Frankreich um ein Gebiet bringen soll, das außerordentliche Bodenschätze birgt. Die Idee von «Eurafrika» kann gerade in den gewaltigen Bergwerksunternehmen an der saharischen Grenze Algeriens zu einer Wirklichkeit werden. Welche Hintergedanken stecken also hinter den Ansprüchen des nordafrikanischen Nationalismus? Das fragt man sich um so mehr, als jeder Tag die islamischen Massen wilder gegen den Westen aufhetzt und Moskau, zu allem anderen eher als zur Mäßigung mahnend, den Arabern polnische und tschechische Waffen liefert. Ist einmal eine tunesische und marokkanische Armee aufgestellt, wer weiß, welche autonome nordafrikanische Politik, jedem äußeren Druck unterworfen, sie unterstützen wird.

Im Augenblick, da in Brioni die Führer des «neutralistischen» Lagers, Nehru, Tito und Nasser, sich besprechen, scheint eine solche Befürchtung nicht abwegig. Und wird nicht Sowjetrußland, das sich im Mittelmeer seit langem durchzusetzen sucht, mit Rabat und Tunis Botschaften austauschen wollen, wie es das in Tripolis schon getan hat? Die gefährlichste Konsequenz spricht Saint-Chamant nur kurz, aber deutlich aus: «Als Erbin der Zaren und Unterzeichner der Algeciras-Akte bewahrt die Sowjetunion in Marokko das Recht, zu intervenieren. Niemand kann garantieren, daß sie davon nicht Gebrauch machen wird.» Wenn Nasser die arabische Welt zu einem Imperium zusammenschließen will, tut er es im Gedanken an eine ägyptische Hegemonie. Seine Aufrufe sagen nicht nur: «Wir sind ein Teil Nordafrikas, und Nordafrika ist ein Teil von uns. Beide zusammen bilden wir die große arabische Heimat»; er beschwört vielmehr das Vorbild Ägyptens herauf und ruft der nordafrikanischen Jugend zu: «Erhebe den Blick und schau auf Ägypten. Kein Königreich mehr mit Unterdrükkung und Willkür, kein machtloses Volk mehr, schwach und unbewaffnet, sondern eine starke Armee, ausgerüstet mit den besten Waffen und hinter ihr Dutzende von ägyptischen Fabriken. Munition, Kanonen, Flugzeuge und Panzer, baut es alles zu deiner Befreiung, arabischer Bruder, und zu derjenigen der arabischen Nation und ihres Bodens.» — Er weist sich damit selbst die Rolle des Reformators Ägyptens zu und rückt sich in die Nachbarschaft von Kemal Atatürk. Dieser hatte die türkische Nation von der Allmacht der Religion und des Kalifats getrennt, jener festigt im Gegenteil die Verbindung des nationalen Bewußtseins mit dem religiösen Gefühl, das in den Arabern so mächtig ist. Deshalb darf man ihn nicht mit Atatürk vergleichen, dem kraftvollen Reformer und Weisen auf seine Art, denn Nasser ist durch das Wesen seines Systems zu unaufhörlichen Überbietungen gezwungen.

Einen einzigen Gegenspieler sieht der Verfasser innerhalb der arabischen Welt: Mohammed V. von Marokko, Imman, d. h. Führer aller Gläubigen und letzter Kalif. Daß er die ägyptischen Proklamationen mit keinem freundlichen Ohr aufgenommen hat, ist selbstverständlich. In seinem Land treffen die Gegensätze am hitzigsten aufeinander. Außerhalb der Städte ist die scherifische Autorität hohl. Die angefeindete alte Verwaltung verschwand zu schnell, so meint Saint-Chamant, als daß die neue scherifische schon Herr der Lage wäre. Im Süden Marokkos herrscht die «Armée de Libération nationale», die sich nur mit den Lippen dem Sultan unterworfen hat. Vom Istiqlal angetrieben, spricht sie die fiebrig aufputschende Sprache Kairos. Marokko ist im Begriff, die Unabhängigkeit und

damit die Macht im Mittelmeer zu gewinnen. Wird das Chaos, zu dem es von innen her neigt, oder der Aufstieg in Disziplin sein Schicksal sein? Mohammed V. in Rabat, Nasser in Kairo stoßen in Nordafrika und damit in der arabischen Welt gegeneinander. Der eine will einen neuen Staat aufbauen, der andere zeichnet das Trugbild eines wiedererstehenden Imperiums. Nicht nur der Sultan ist darüber erschreckt, sondern auch der irakische König, der jüngst nach Rabat kam, um zu ratschlagen, wie man den Übergriffen des ägyptischen Diktators begegnen solle. Saint-Chamants Schlußfolgerung lautet: «Zwischen den beiden mohammedanischen Führern ist ein Kampf im Gange, in dem explosive Kräfte aufeinanderprallen. Niemand wird überrascht sein, wenn man hinzufügt, daß diese Kräfte an die großen internationalen Machtpaare gebunden sind, die sich heute die Welt teilen.»

Hans Karl Günther, Professor für Geschichte am Deep Springs College California, referiert im Mai-Heft der *Wehrwissenschaftlichen Rundschau,* 1956, über *Dänemark und die Verteidigung Westeuropas.* Rußlands Anspruch auf die Ostsee geht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Besonders ihre Ausgänge sind seit jeher für den russischen Hochseehandel wichtig. Peter der Große schob seine Interessensphäre zeitweilig bis nach Mecklenburg vor, und durch Heiratspolitik festigte das russische Zarenhaus im 18. Jahrhundert das Recht auf die Beherrschung der Ostseeausgänge, das eindeutig Dänemark zukam. Die englische Bombardierung Kopenhagens während der napoleonischen Kriege lenkte die russische Aufmerksamkeit erneut auf die Rolle der Ostsee als Abwehrstellung gegen das mächtig werdende England. In diesem Sinne verlangten auch die Russen Mitte des 19. Jahrhunderts, daß keine Großmacht in den Besitz der dänischen Meerengen gelangen sollte. Dennoch sah sich Rußland auch im 20. Jahrhundert je länger je mehr von der Ostsee ausgeschlossen; es verstärkte deshalb seine Position am finnischen Meerbusen durch den Bau des Stalinkanals, der die Ostsee mit der Newa verbindet. 1940 annektierten die Russen das Baltikum, und heute haben sie auf Rügen ihren stärksten Flottenstützpunkt aufgebaut. Dies bedeutet die größte Machtverschiebung in Europa seit dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches. Die Gründer der Nato nahmen 1948/49 die Werbung um Skandinavien und insbesondere um Dänemark auf. Norwegen entschloß sich für den Beitritt, Schweden war dagegen, und Dänemark nahm eine vermittelnde Stellung ein. Schweden bot den beiden anderen skandinavischen Staaten ein Bündnis an, unter der Bedingung, keine anderen Allianzen einzugehen. Aber Washington übte durch seine Erklärung, Waffen nur an Natomitglieder zu liefern, einen starken Druck auf Norwegen und Dänemark aus, so daß sie nachgaben und sich 1949 dem westeuropäischen Verteidigungsblock anschlossen. In Dänemark hatte dieser Schritt zunächst die Aufrüstung von Heer, Luftwaffe und Flotte zur Folge. 1950 wurden in zwei Jahren 100 000 Mann im Heer, 20 000 in der Flotte und 30 000 in der Heimwehr ausgebildet. Die Verteidigungsausgaben betrugen 1949 und 1951 jedoch nur 1,5 und 1,7 % des Nationaleinkommens, während in Amerika je 5 und 5,5 %, in England 5,7 und 6,1 % ausgegeben wurden. Die Nato forderte denn auch 1951 eine Erhöhung des dänischen Militärbudgets um 40 %. Von 1951—1954 stieg dieses zwar nur um 20 %, was aber doch eine wirksamere Aufrüstung gestattete. Die Dienstzeit von 12 Monaten wurde auf 18 erhöht; Meutereien und der Druck der Öffentlichkeit zwangen schließlich 1954 die Regierung zur Reduktion auf 16 Monate. — Die dänische Wehrmacht hat heute eine Durchschnittsstärke von 41 000 Mann, von denen 27 000 beim Heere, 6000 bei der Marine und der Rest in der Luftwaffe dienen. Günther hofft auf ein ständiges Wachstum der Verteidigungsetats in den nächsten Jahren.

Der dänische Korrespondent des *In-*

telligence Digest, Nr. 211, Juni 1956, macht jedoch in seinem Artikel *Dangers in Denmark* auf die besorgniserregende Gefahr politischer Art aufmerksam, wonach die erst jetzt mächtig werdenden Kommunisten durch ihre neu erworbenen Schlüsselstellungen in den Gewerkschaften das Interesse an der Nato und der Verteidigung Dänemarks zerstören werden. Die kommunistische Partei bemüht sich besonders um die Betriebsräte der Metallarbeiter- und Seeleute-Organisationen; sollte sie im Rat der letzteren eine Mehrheit zustande bringen, so würde dies eine ernsthafte Beeinträchtigung der Abwehrfähigkeit in der Flotte bedeuten. Die Regierung selbst ist zwar nach wie vor für die Nato, wie dies auch neulich in der Rede des sozialdemokratischen Verteidigungsministers *Paul Hansen* zum Ausdruck kam (NZZ, Nr. 1777, 20. 6. 1956). — Vom Ausgang des Kampfes zwischen diesen beiden Kräften wird es abhängen, ob Dänemark den Auftrag erfüllen wird, der ihm seiner Lage nach zufällt: die Ostseezugänge nach Osten zu sichern und die Durchfahrten für andere Natostreitkräfte minenfrei und passierbar zu halten.

Der kürzliche Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Indonesien, *Sukarno,* in Nordamerika und Europa hat unseren Blick von neuem auf dieses asiatische Inselreich mit seinen unermeßlichen Bodenschätzen gelenkt. Mit Interesse wird man deshalb einen Artikel: *Was Holland in Indonesien blieb* von Dr. *Th. M. Metz* ('s Gravenhage) in der Frankfurter *Gegenwart* verfolgen (30. 6. 1956). Der Verfasser schildert zunächst den Leidensweg, den das frühere Mutterland Niederländisch-Indien bei der schnellen Verselbständigung seines Kolonialbesitzes durchlaufen mußte. Er verweist darauf, daß die indonesische Regierung von den vertraglichen Zusicherungen an Holland und seine auf den Inseln tätigen Staatsangehörigen nur diejenigen gehalten habe, die einseitig zum Vorteil der eigenen Wirtschaft dienten. 1938 schätzte man das holländische Kapital im damaligen Niederländisch-Indien auf fast 4 Mrd. hfl., den Wert der Plantagen allein auf ein rundes Drittel der Gesamtsumme, Beträge, die bei der heutigen Preisentwicklung wohl zu verdreifachen wären. Nationalisiert wurden bisher die Zentralnotenbank, die Javasche Bank und einige Elektrizitätszentralen; die Nationalisierung der Lagerhäuser in den großen Häfen ist geplant. Die Holländer haben von ihren Betriebsmitteln in den indonesischen Plantagen (Tabak, Gummi, Chinin, Tee, Zucker, Faser, Kaffee und Kakao) etwa ein Viertel eingebüßt. Dazu kommt, daß mit dem verbliebenen Rest die Pflanzungen, insbesondere hinsichtlich der Gewinnung des leitenden Personals, in großen Schwierigkeiten stecken. Jedenfalls hat ihre Rentabilität stark gelitten. Besser konnte sich Holland in Industrie und Verkehr Indonesiens behaupten. Der Kapitalmangel des asiatischen Inselreiches steht hier einer rascheren Ersetzung durch einheimische Kräfte im Wege. Der holländische Anteil am indonesischen Außenhandel zeigt sinkende Tendenz: vor dem Kriege gingen etwa 10% der niederländischen Ausfuhr nach Insulinde, 1955 waren es nur noch etwa 2,5%. Von den 220 000 Holländern, die 1938 in Indonesien wohnten, sind heute noch gegen 100 000 dort zu finden. Die niederländische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit hat nach dem Urteil des Autors die für sie nachteiligen Folgen der Abtrennung Indonesiens zu überwinden verstanden und für ihre Verluste Ersatz in anderen Teilen der Welt gefunden; ihre großen Firmen bauen heute in Abessinien Reis und Zucker, in Tanganyika Sisal, Kakao und Kaffee an; sie lassen Kapitalien in der nordamerikanischen Erdölindustrie arbeiten.